

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine Mehrwertsteuererhöhung ist abzulehnen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt den Kurs der Bundesregierung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung und der Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung durch einen ausgewogenen Maßnahmen-Mix aus Ausgabenkürzungen und einem Abbau von Steuervergünstigungen sowie dem Schließen von Steuerschlupflöchern den Konsolidierungskurs fortsetzt. Dies entspricht auch den Empfehlungen des Europäischen Rates. Mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz wird im Übrigen die Finanzausstattung und Investitionsfähigkeit der Länder und Kommunen nachhaltig verbessert. Die Opposition im Deutschen Bundestag und der Bundesrat sind aufgefordert, diesen Kurs konstruktiv mitzutragen. Nur dann können im laufenden Jahr die Erfordernisse aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt erfüllt werden.
3. Subventionsabbau und Kürzung von Steuervergünstigungen gehen Hand in Hand mit generellen Steuersatzsenkungen, die mit den Steuerreformstufen 2004 und 2005 fortgesetzt werden.
4. Der Deutsche Bundestag lehnt eine Erhöhung der allgemeinen Mehrwertsteuer ab. Eine Mehrwertsteuererhöhung wäre ohne Zweifel in der aktuellen konjunkturellen Lage schädlich.

Berlin, den 30. Januar 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

